

KURT NEMITZ

Ein Gewerkschaftsprogramm für Marokko

Marokko gehört zu denjenigen jungen afrikanischen Staaten, die nun schon auf einige Jahre der Unabhängigkeit (seit 1956) zurückblicken können. Mit Bewunderung und voller Sympathie haben wir die Bemühungen des marokkanischen Volkes verfolgt, die Überreste der Kolonialherrschaft zu beseitigen und die Fundamente des neuen Staatswesens zu festigen¹⁾. Auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens ist die Konsolidierung weit vorangeschritten.

Aber die Probleme sind nicht geringer geworden. Und auch das innenpolitische Klima hat sich verändert. Die verschiedenen politischen Gruppen — einst geeint im Kampf um die Unabhängigkeit — haben sich zu kämpferisch-konkurrierenden Lagern formiert. Das ist zwar ein durchaus natürlicher Vorgang; er bringt es aber auch mit sich, daß die politischen Auseinandersetzungen einen rauheren Charakter annehmen.

Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die Rolle, die der marokkanische Gewerkschaftsbund UMT (*Union Marocaine du Travail*) in der Entwicklung des Landes spielt, dann erscheinen zunächst einige politische Hinweise als notwendig. Das unabhängige Marokko ist nach der Rückkehr von Mohammed V. aus der Verbannung als absolute Monarchie entstanden. Der König ist zugleich geistliches Oberhaupt. Er ernennt und

1) Die Gewerkschaftlichen Monatshefte haben in den letzten Jahren verschiedene Arbeiten über Marokko veröffentlicht; so Dr. Wolf Donner, Legale Gewerkschaften in Französisch-Marokko (1/1956); Dr. Wolf Donner, Marokko zwischen politischer und wirtschaftlicher Freiheit (7/1957); Dr. Wolf Donner, Die Überbevölkerung marokkanischer Städte (11/1958); Erika Donner, Analphabetentum und Erwachsenenbildung in Marokko (6/1958); Erika Donner, Die Frau im neuen Marokko (12/1959).

entläßt die Mitglieder der Regierung. Die große Autorität und Beliebtheit des Königs — vor allem als Exponent des Unabhängigkeitskampfes — ließen zunächst die Diskussionen über die zukünftige Gestaltung der inneren Struktur des Landes nicht allzu sehr in den Vordergrund treten. Diese Situation scheint sich aber in letzter Zeit wesentlich geändert zu haben. Immer mehr tritt die Forderung nach Erlass einer Verfassung und Umwandlung der absoluten Herrschaft in eine konstitutionelle Monarchie in den Vordergrund. Die Erkenntnis dieser Entwicklung mag König Mohammed auch bewogen haben, nunmehr für die Einführung einer Verfassung einen Termin — das Jahr 1962 — zu nennen.

Unter denjenigen Politikern, die der Verfassungsfrage eine besonders große Bedeutung beimessen, stehen — was keineswegs verwundert — die im öffentlichen Leben tätigen Gewerkschafter an erster Stelle. Ihr politisches Forum ist die UNFP (*Union Nationale des Forces Populaires*), die bei den vor kurzem abgehaltenen Kommunalwahlen — den ersten Wahlen überhaupt — einige beträchtliche Erfolge erzielen konnte. Während der Istiqlal in den kleineren Städten des Nordens und auf dem Lande seine Vormachtstellung bestätigte, erhielt die UNFP besonders in den bevölkerungsreichen Großstädten des Südens einen erheblichen Stimmenanteil, zum Teil auch die Mehrheit.

Demokratisierung

Die Tatsache, daß mit diesen Kommunalwahlen ein Anfang gemacht wurde, der auf eine weitere Entfaltung des demokratischen Gedankens hinausläuft, ist für die Entwicklung des Landes von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Forderung nach stufenweiser Erweiterung der Befugnisse parlamentarischer Gremien wird nun nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Und man kann annehmen, daß diese Forderung besonders von der UNFP und den Gewerkschaften unterstrichen werden wird.

Nicht von ungefähr steht denn auch dieser Punkt am Anfang eines Programms, das von den Gewerkschaften aus Anlaß der Beratungen über den jetzt in Kraft getretenen Fünfjahresplan der Regierung ausgearbeitet und vor kurzem veröffentlicht wurde²). Um dem Volk die Möglichkeit der Einflußnahme auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu geben, so heißt es dort, müsse bald ein System der demokratischen Repräsentation geschaffen werden.

Gleichzeitig wird auch auf die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform verwiesen. Das jetzige Verwaltungssystem sei im wesentlichen aus der Protektoratszeit übernommen, so wird betont, und entspreche nicht den Erfordernissen der Gegenwart. Dies gilt vor allem auch für das Erziehungssystem.

Tatsächlich können infolge der Versäumnisse der Protektoratsverwaltung auch heute noch nicht mehr als 36 vH der Kinder eine Schule besuchen. Über 60 vH der Erwachsenen in Marokko zählen zu den Analphabeten. So ist es verständlich, daß der Kampf gegen das Analphabetentum geradezu zu einer nationalen Notwendigkeit geworden ist. Die Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sind — man denke nur an den Schulbau und die Ausbildung der Lehrer —, sind außerordentlich groß. Im Erziehungsministerium rechnet man damit, daß trotz großer Anstrengungen sicher noch zwei Jahrzehnte vergehen werden, ehe annähernd alle Kinder in die Schule gehen können³).

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Auf dem sozialen Sektor bereitet in erster Linie die Arbeitslosigkeit — besonders auch in der häufig in Entwicklungsländern anzutreffenden Form der Unterbeschäftigung — erhebliche Sorgen. Es ist selbstverständlich, daß sich die Gewerkschaften dieser Fragen mit Sorgfalt annehmen.

2) Les travailleurs et le Plan. Hrsg. Union Marocaine du Travail, Casablanca 1960.

3) Vgl. dazu Erika Donner, Analphabetentum und Erwachsenenbildung in Marokko, GM 6/1958, S. 344—348.

Die Arbeitslosigkeit in den größeren Städten ist zum Teil recht erheblich. In Casablanca schätzt man den Anteil der Arbeitslosen an der arbeitsfähigen Bevölkerung auf nicht weniger als 20 vH. Diese Menschen leben mit ihren Familien zusammengepreßt auf engstem Raum in ausgesprochenen Elendsquartieren. In den letzten Jahren hat man versucht, in großem Stil moderne Wohnblocks zu bauen und einige Barackenviertel einzubauen. Diese gutgemeinten Anfänge konnten jedoch keine wirklich fühlbare Erleichterung bringen⁴⁾.

Der Umfang der Unterbeschäftigung auf dem Lande wird auf rund 50 vH geschätzt. Diese Erscheinung hängt mit der oft archaischen Form der Bewirtschaftung, aber auch mit den unregelmäßigen Regenfällen und der damit verbundenen unregelmäßigen Bebauungsmöglichkeit zusammen. Lediglich die Modernisierung der Landwirtschaft sowie ein großangelegtes Programm der Bewässerung, das auch in Angriff genommen ist, können hier Abhilfe schaffen. Die natürlichen Voraussetzungen für die Bewässerung sind durchaus günstig.

In einem Land, dessen Bevölkerung zum weitaus überwiegenden Teil von der Landwirtschaft lebt, ist es selbstverständlich, daß der Frage der Bodenverteilung eine große Bedeutung zukommt. So haben denn auch die Gewerkschaften die Forderung nach *Bodenreform* in ihr Programm aufgenommen. Allerdings darf man in diesem Zusammenhang nicht die spezifisch marokkanische Problematik dieser Frage übersehen. Vor allem sind noch nicht jene Streitpunkte überwunden, die aus der Protektoratszeit herühren. In erster Linie handelt es sich dabei um die 660 000 Hektar Land, die in ausländischem, überwiegend französischem Besitz sind. Das sind rund 8 vH des kultivierbaren Landes. Die Gewerkschaften unterstreichen hier die Notwendigkeit der „De-kolonisierung⁵⁾“.

Ungefähr 300 000 Hektar des früheren ausländischen Besitzes sind, wie auf marokkanischer Seite betont wird, in den vergangenen Jahren schon enteignet worden. Dabei soll es sich überwiegend um Land handeln, das angeblich zum Teil auch von französischer Seite als nicht legal erworben anerkannt worden sei.

Ein besonderes Problem stellen die überkommenen Lehns- und Pachtverhältnisse dar, die den Landarbeitern und Bauern nur einen Bruchteil des Ertrages zukommen lassen. Hier werden ebenfalls grundsätzliche Reformen verlangt. Die Gewerkschaften verweisen vor allem auf die Möglichkeiten genossenschaftlicher Bodenbearbeitung.

Entscheidend für die Zukunft Marokkos ist die Tatsache, daß immer noch ausreichend Boden zur Verfügung steht, der kultiviert werden könnte. Hier ergeben sich noch zahlreiche Entwicklungsmöglichkeiten, auch im Hinblick auf den Export.

Gesamtwirtschaftliche Harmonisierung

Detrachtet man Marokko unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten, dann ist vor allem die Tatsache von Bedeutung, daß es zwei voneinander fast vollständig unabhängige Wirtschaftskreisläufe gibt: den überkommenen, jahrhundertealten, traditionellen arabischen Sektor und den Sektor der modernen Industrie. In der Harmonisierung der beiden Bereiche liegt eine Aufgabe von ganz besonderer Bedeutung. Daß zwischen den beiden Sektoren auch heute noch ein eklatantes Mißverhältnis besteht, führen die Gewerkschaften in ihrer Analyse der Situation vor allem auf die Politik der Protektoratsregierung zurück.

Der traditionelle Wirtschaftssektor umfaßt vor allem die Landwirtschaft (mit Ausnahme der modernen Kulturen), das Handwerk und den Kleinhandel. Nicht weniger als 70 vH der männlichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter sind hier tätig. Entscheidend ist aber, daß dieser Bereich fast völlig stagniert. Von nennenswerten In-

4) Vgl. dazu Dr. Wolf Donner, „Die Übervölkerung marokkanischer Städte“, GM 11/1958, S- 684—689.

5) Vgl. „Qui possède la terre au Maroc?“. Hrsg. Union Marocaine du Travail, Casablanca.

vestitionen kann nicht gesprochen werden. Der Wirtschaftskreislauf vollzieht sich im wesentlichen in Formen, die Jahrhunderte alt sind. Jeder Besucher einer „Medina“ (dem alten, arabischen Teil einer Stadt) wird sich — so sehr ihn das farbenfrohe und lebendige Treiben in den alten Winkeln und Gassen auch fesselt — die Frage vorlegen, was wohl getan werden könne, um hier zu einer allgemeinen Anhebung des Lebensstandards zu kommen. Zweifellos handelt es sich um eine Aufgabe, die nicht von heute auf morgen, sondern nur im Wandel der Generationen gelöst werden kann. Die gedankliche Vorbereitung und Planung dieses Umwandlungsprozesses, und darin wird man den Gewerkschaftern recht geben müssen, hat aber heute zu beginnen.

Sozialisierung

Ganz andere Probleme stellen sich in dem modernen Bereich der Wirtschaft. Die Franzosen haben in den rund vierzig Jahren ihres Protektorats — vom Straßenbau bis zu Fabrikanlagen — zum Teil erhebliche Investitionen vorgenommen. So sind eine Reihe von Industriezweigen entstanden, die dem Land gegenüber anderen jungen Staaten in Afrika für die weitere Entwicklung einen gewissen Vorteil verschaffen. Die Frage, wie die vorhandenen Anlagen im Interesse des Gemeinwohls am besten genutzt werden sollen, ist natürlich Gegenstand der politischen Debatte. Während auf der einen Seite, auch hinsichtlich der weiteren Entwicklung, der privatwirtschaftliche Charakter der Wirtschaft unterstrichen wird, betonen die Gewerkschaften für die Schlüsselbereiche die Notwendigkeit der Sozialisierung.

In dem neuen Programm wird dieser Punkt deutlich hervorgehoben. Im einzelnen wird die Sozialisierung des Bergbaues, der Energie, des Transports und des Außenhandels gefordert. Sowohl die grundsätzliche Problematik dieses Punktes wie auch der Umfang der geforderten Sozialisierungsmaßnahmen sind Gegenstand der allgemeinen Diskussion. Und man kann annehmen, daß dieser Fragenkomplex bei künftigen Auseinandersetzungen noch mehr im Vordergrund stehen wird. Noch kann man nicht sagen, wie die weitere Entwicklung verlaufen wird. In offiziellen Veröffentlichungen der Regierung wird jedenfalls die privatwirtschaftliche Grundstruktur der Wirtschaft betont.

Investitionskontrolle

In engem Zusammenhang mit diesem Problemkreis steht die bedeutungsvolle Frage, auf welche Weise das Kapital für die dringend notwendigen Investitionen beschafft werden soll. Ohne eine befriedigende Antwort hierauf kann ein stetiges Wirtschaftswachstum und damit eine allgemeine Steigerung des Lebensstandards nicht erreicht werden. Was den Gesamtumfang der Investitionen angeht, so hat Marokko in den vergangenen Jahren zweifellos schwerwiegende Probleme zu überwinden gehabt. Dem im Jahre 1952 erreichten Höchststand von 131 Mrd. Francs folgten Jahre eines ständig absinkenden Investitionsvolumens. Die Zurückhaltung der ausländischen Investoren nach der Erlangung der Unabhängigkeit hat dazu wesentlich beigetragen. Im Jahre 1957 wurde ein Tiefstand von insgesamt nur 75 Mrd. Francs an Investitionen erreicht. Erst 1958 zeigt sich wieder ein Anstieg auf 91 Mrd. Francs ⁶⁾.

Angesichts des großen Investitionsbedarfs bemüht sich die marokkanische Regierung wieder in zunehmendem Maße um ausländische Kapitalgeber. Entsprechende gesetzliche Bestimmungen, die steuerliche und andere Vergünstigungen bieten, wurden Ende 1958 erlassen. Von ersten positiven Auswirkungen wird bereits berichtet. Natürlich wäre man auch an deutschen Investitionen sehr interessiert.

Was die Haltung der Gewerkschaften zu diesem Punkt anbetrifft, so ist es verständlich, daß man sich hier in erster Linie um die Mobilisierung der inländischen Reserven

6) Vgl. Tableaux Economiques du Maroc 1915—1959, Service Central des Statistiques, Rabat 1960. Diese erste zusammenfassende Darstellung gibt einen ausgezeichneten Einblick in die Probleme der marokkanischen Wirtschaft.

KURT NEMITZ

bemüht. Allzulange hat die Abhängigkeit von der Gunst oder Mißgunst ausländischer, besonders französischer Fabrikherren böses Blut erweckt. Die Nachwirkungen dieser Periode sind nicht so leicht zu überwinden. Trotzdem hat man den Eindruck, daß die nüchternen wirtschaftlichen Überlegungen die Oberhand gewinnen.

Allerdings wünscht man bei den Gewerkschaften, und das wird im Programm deutlich zum Ausdruck gebracht, eine stärkere Einschaltung staatlicher Institutionen in Richtung auf eine sinnvolle Lenkung und Kontrolle der Investitionen. Man möchte die rein spekulativen Momente gegenüber gesamtwirtschaftlichen Überlegungen in den Hintergrund treten lassen. Dabei denkt man sicher auch an die Gründung neuer Gesellschaften mit ausreichender staatlicher Beteiligung oder Einflußnahme. Diesen Überlegungen sollte man auch bei uns mit Verständnis gegenüberreten.

Unser Beitrag

Legt man sich schließlich die Frage vor, wie die Entwicklung in Marokko beurteilt werden sollte und welchen Beitrag wir zur weiteren Konsolidierung dieses jungen Staates leisten können, dann drängt sich eine Vielzahl von Überlegungen auf. Zunächst muß man sich darüber im klaren sein, daß der Prozeß des innerstaatlichen Aufbaues noch keineswegs abgeschlossen ist. In den kommenden zwei Jahren wird es sich — falls der bisherige Trend anhält — entscheiden, welchen materiellen Inhalt die für 1962 angekündigte Verfassung haben wird. Und während dieser Zeit dürften sich auch jene politischen Gruppen formieren, die dann das Verfassungsgefüge mit Leben erfüllen werden. Auch Stellung und Einfluß der Gewerkschaften werden dann klarer zu erkennen sein.

Was unseren Beitrag zur Entwicklungshilfe anbetrifft, so sollte er vielseitig ausgestaltet sein und auf verschiedene Ebenen verteilt werden. Private, halböffentliche und staatliche Maßnahmen sollten sich ergänzen. Sicher kann und soll man die Privatinitiative, zum Beispiel im Hinblick auf eine gesteigerte Investitionstätigkeit, ermuntern. Aber das wird kaum genügen. Geeignete staatliche Maßnahmen müssen hinzutreten. Auch die technische Hilfe, sowohl über die internationalen Organisationen als auch direkt, kann ausgebaut werden. Deutsche Berater und Lehrkräfte könnten vermittelt und der internationale Austausch erweitert werden.

Auch für die deutschen Gewerkschaften ergibt sich die Frage, wie sie ihren Beitrag zur Entwicklungshilfe noch wirksamer gestalten können. Die Solidaritätsaktion „Wir helfen“ hat überall guten Anklang gefunden. Auch über den IBFG in Brüssel wird wertvolle Arbeit geleistet. Das sollte aber weitere direkte Maßnahmen, zum Beispiel die Entsendung von Beratern und die Erweiterung von gewerkschaftsinternen Austauschprogrammen, nicht ausschließen.

HEINZ WINFRIED SABAIS

Daß wir ein Volk von Philosophen werden, ist undenkbar. Aber es bedarf ernster kulturpolitischer Arbeit an uns, damit wir nie wieder ein Volk von Staatsklaven werden. Gestern verdarb die Politik den Charakter, heute kann uns Charakterlosigkeit die Politik verderben. Und als Charakterlosigkeit sollten wir nicht nur die schiere Lumperei, den Tanz der Minderwertigkeitskomplexe um das goldene Rindvieh der Macht verstehen, sondern auch die Ungeprägtheit der Hirne und der Seelen, jene leeren Tafeln, auf die dann plötzlich jeder Kraftmeier seine Hakenkreuze oder andere Wunderzeichen schreiben kann. Charakter, Prägung aus dem Geist, sind zur Demokratie unabdingbar gefordert.

(Aus der Ansprache zur Eröffnung der Ruhrfestspiele 1960, gehalten am 1. Juni im Westdeutschen Rundfunk)